

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Der Krieg am Golf: Proamerikanische Strömung bei der Bevölkerung, "Betroffenheit" bei der Regierung

Während die Nachrichtensendungen des Chinesischen Fernsehens seit dem 4. Juni 1989 kaum noch Interesse gefunden hatten, gab es in den Tagen des Golfkriegs erstmals wieder Zuschauer, die voller Spannung wieder Meldungen verfolgten, allerdings nicht über die Innenpolitik, sondern über die Geschehnisse am Golf.

Ärgerlich für die KP-Führung war vor allem die Tatsache, daß die Bevölkerung dem Irak, vor allem Saddam Hussein, eine verheerende Niederlage wünschte, und daß sie höchst proamerikanisch gestimmt war. Saddam Hussein wurde hier offensichtlich als eine Art Sündenbock für die Fehler der eigenen Regierung betrachtet. Die Sehnsucht nach seinem Sturz mußte der Deng Xiaoping-Führung wohl ziemlich viel Unbehagen bereitet haben. Auch die proamerikanische Haltung war mit der KPCh-Linie nicht vereinbar, die den USA ja nach altem Schema wieder einmal eine "groß-hegemonistische" Rolle zugewiesen hatte, während der Irak als "kleiner Hegemonist" bezeichnet wurde.

Wo immer ausländische Korrespondenten mit der Bevölkerung ins Gespräch kamen - und dies war vor allem mit Taxifahrern der Fall -, konnten sie hören, daß George Bush zwar auf der richtigen Linie sei, aber mit den Irakern viel zu weich umgehe. Er solle doch einfach die Atombombe einsetzen, dann sei "alles vorbei". Fasziniert zeigten sich die meisten Chinesen auch von der technischen Perfektion der amerikanischen Kriegsführung, vor allem von den Laserbomben. In einer Welt, in der es so grau und langweilig

zugeht wie im chinesischen Alltag, hatte der Irakkrieg hohen Unterhaltungswert (so Beobachtungen nach IHT, 20.2.91).

Kaum war der Krieg ausgebrochen, meldeten sich bei der kuwaitischen Botschaft in Beijing Chinesen, die sich anboten, für die Befreiung Kuwaits zu kämpfen. Andere schickten Geld, um den Krieg gegen den Irak zu unterstützen. Auch bei der amerikanischen Botschaft in Beijing gingen Geldspenden ein (FAZ, 2.2.91).

Angesichts dieser Stimmung war es kein Wunder, daß die seit dem Frühjahr 1989 verängstigte Regierung Irak-Nachrichten nur noch mit der Pinzette anzufassen und Einzelheiten mit alleräußerster Zurückhaltung weiterzugeben wagte.

Wo immer möglich, wurde gegengesteuert: Als der Krieg ausbrach, war die erste Seite der *Volkszeitung* mit einem Leitartikel besetzt, der den Titel trug "Nicht nur die Führer, nicht nur Bücher, sondern vor allem die Tatsachen zählen - tauscht eure Meinung aus, vergleicht und überlegt!". Es war dies eine Parole, die der 85jährige Chen Yun 1961 beim Besuch einer Schweinefarm geäußert hatte, wobei er feststellen konnte, daß Schweine, die von Einzelhaushalten aufgezogen waren, gesünderes Aussehen zeigten als solche, die in der Obhut von Kollektiven standen. Eingezwängt in solche 30 Jahre alte Betrachtungen gab es dann auch ein kleines Artikelchen, das die Überschrift trug "China ist betroffen über den Ausbruch des Golfkriegs".

Auch in den nachfolgenden Tagen mußte der Leser stets bis zur Seite 4 durchblättern, ehe er erstmals auf Golfnachrichten stieß. Höchst selten waren dort Berichte über Scudraketen, die als "fei mao tui" bezeichnet wurden - ein Ausdruck, der sich wörtlich mit "fliegen - Haare - Beine" oder "Vogel - Flaum - Beine" übersetzen läßt. Aber

auch die Vogelflaumberichte waren umrahmt mit allerhand anderen ablenkenden Artikeln, so z.B. einem in Balkenschrift angezeigten Artikel über den Ausspruch des KP-Sicherheitschefs Qiao Shi, daß die "überwältigende Mehrheit der Genossen ihre Pflichten Jahr für Jahr erfüllen, hart und selbstlos arbeiten und ihr Bestes tun, um dem Volk und der Sache des Sozialismus zu dienen".

Als die Iraker mit einer Umweltbarbarei ohnegleichen, nämlich der Einleitung von Öl in den Arabischen/Persischen Golf begannen, lenkte die *Renmin ribao* die Aufmerksamkeit des Lesers auf die innigen Gefühle, die die Bevölkerung der Provinz Jiangsu für die Volksbefreiungsarmee hegt. Kurzum - die Berichterstattung war ein einziges Trauerspiel!

Während der Mann auf der Straße aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und der militärischen Option Washingtons das Wort redete, sprach das offizielle Beijing immer nur von Betroffenheit und Bedauern und forderte den Rückzug des Irak aus Kuwait, protestierte gegen ausländische Behauptungen, daß China Waffen an den Irak verkauft habe (so XNA, 2.2.91) und begrüßte alle Vorschläge, die eine Einstellung der Kampfhandlungen forderten, so z.B. eine Resolution der blockfreien Staaten, die bei der Tagung in Belgrad gefaßt wurde (XNA, 12. und 15.2.91) - in jenem Belgrad also, über dem in jenen Tagen auch nicht gerade die Friedenstaube schwebte.

Bei der Tagung der Blockfreienbewegung war auch ein chinesischer Sonderbotschafter anwesend, der forderte, daß "Irak als Staat bewahrt" werden müsse.

Am 14. Februar ließ das chinesische Außenministerium "sein tiefes Bedauern" über den Tod von mehr als 400 "Zivilisten" aussprechen, die bei einem Bombenangriff auf Bagdad in einem Luftschutzkeller getötet worden seien. "Wenn der Krieg noch weiter so fortgeht und sich ausdehnt, wird dies ganz gewiß zu noch schlimmeren Tragödien und zu noch größeren Zwischenfällen führen" (XNA, 15.2.91). Die Kriegsparteien sollten "äußerste Zurückhaltung an den Tag legen". Es dürfe auf keinen Fall zu einer weiteren "Eskalation" kommen (XNA, 14.2.91). Als am

24. Februar der Landkrieg am Golf losging, sprach China erneut sein "tiefes Bedauern" aus. Leider sei der sowjetische Friedensplan, der positive Elemente enthalten habe, von den Beteiligten in den Wind geschlagen worden (XNA, 22.2.91).

Am 21. Februar beschloß das Chinesische Rote Kreuz, Pharmazeutika und Kindernahrung im Werte von 1 Mio. Yuan in den Irak zu senden (XNA, 22.2.91).

Am 11. Februar trat der Stellvertretende Außenminister Yang Fuchang als Sonderbevollmächtigter der chinesischen Regierung eine Nahostreise nach Syrien, in die Türkei, Jugoslawien und den Iran an, um dort über Möglichkeiten einer Lösung der Golfkrise zu sprechen (XNA, 12., 13. und 14.2.91). Am selben Tag traf sich Außenminister Qian Qichen mit dem palästinensischen Außenminister Faruk Kaddumi zu einer Arbeitsbesprechung (XNA, 12.2.91). Was dabei im einzelnen herauskam, wurde nicht mitgeteilt; viel dürfte es nicht gewesen sein, da die PLO sich eindeutig auf die Seite Saddams Husseins geschlagen hatte und deshalb den Rückzugsforderungen der Chinesen unmöglich zustimmen konnte.

Zum Abschluß seiner Erkundungstour am 24. Februar gab Yang Fuchang in Teheran einen Sechs-Punkte-Plan der chinesischen Regierung für die friedliche Lösung der Golfkrise bekannt: (1) Der Irak muß seine Truppen aus Kuwait abziehen, (2) alle Parteien sollten ihren Wunsch nach Frieden zum Ausdruck bringen, (3) einer Eskalation des Krieges sei zuvorzukommen, (4) die Frage der Sicherheit in der Golfregion nach dem Krieg soll vor allem durch Konsultationen zwischen den Ländern der Region erörtert werden. Fremdstreitkräfte seien aus der Golfregion abzuziehen, damit den arabischen und islamischen Ländern eine größere Rolle zur Selbstregelung verbleibe. (5) Falls der arabisch-israelische Konflikt nicht gelöst werde, sei es unmöglich, im Nahen Osten und in der Golfregion einen dauernden Frieden herzustellen. (6) Die vorausgehenden fünf Punkte müssen nicht miteinander verbunden werden; sie könnten vielmehr an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeitpunkten andiskutiert und einer Lösung zugeführt werden (XNA nach SWB, 26.2.91).

Am 19. und 20. Februar kam überraschend der irakische Vizeministerpräsident Sadun Hammadi nach Beijing, um dort den Standpunkt seiner Regierung darzulegen. Hauptziel Hammadis war ursprünglich Moskau gewesen, doch hatte er offensichtlich ex post beschlossen, gleich auch noch "Beijing mitzunehmen". Viel Positives allerdings brachte er von dort nicht mit nach Hause; forderte ihn doch sein Gesprächspartner Li Peng unmißverständlich zum Truppenrückzug auf (XNA, 22.2.91).

Bereits am 28.2., also nur 100 Stunden nach Beginn des Bodenkriegs, war Kuwait befreit, und Staatspräsident Yang Shangkun sprach dem Emir von Kuwait telegrafisch seine Glückwünsche zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes aus. Beijing werde auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz seine Freundschaft und Zusammenarbeit mit Kuwait vertiefen und ausbauen. Vermutlich hofft die VRCh auch die alten Kreditbeziehungen wieder aufnehmen zu können, die in den vorangegangenen Jahren für die chinesische Seite so günstig gewesen waren. Da die chinesische Regierung allerdings noch am 24.2. ihr "tiefes Bedauern" über den Beginn der für die Befreiung Kuwaits ja unerläßlichen Bodenoffensive ausgesprochen hatte (XNA, 24.2.91), dürfte die neuerliche Begeisterung aus kuwaitischer Sicht nicht so ganz überzeugend gewesen sein. -we-

* (2)

Die Auflösung des Warschauer Pakts

Die Auflösung des Warschauer Pakts durch einvernehmlichen Vertrag am 25. Februar 1991 wird von Xinhua (XNA nach SWB, 28.2.91) als Folge der wachsenden Entspannung in Europa dargestellt. Es handle sich um die Folge einer "wichtigen geopolitischen Änderung in den internationalen strategischen Beziehungen". Ein zweiter Grund für die Auflösung sei das Verlangen der osteuropäischen Staaten, "nach Europa zurückzukehren" sowie der Wunsch, damit zugleich auch mehr Zugang zu westlichen Technologien zu erhalten.

Leider nutze die NATO diese für sie günstige Gelegenheit aus und versuche, die "osteuropäischen Länder zu ihrem Hinterhof zu machen". -we-

* (3)

Parteibeziehungen der KPdSU-KPCh

Am 26. Februar 1991 traf der Stellvertretende Generalsekretär der KPdSU, V.A. Ivashko, zu fünftägigen Besprechungen mit der KPCh in Beijing ein. Seine Hauptgesprächspartner waren Generalsekretär Jiang Zemin und Qiao Shi, Politbüromitglied und Oberster Sicherheitsfunktionär der Partei. Beide Seiten verkündeten, daß sie weiter auf dem "Weg des Sozialismus" gehen wollten, wobei Beijing allerdings einen "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" und auf der Basis der Mao-Zedong-Ideen verfolgen wolle, während Ivashko auf die "Oktoberrevolution" und auf die "Gedanken Lenins" verwies. Beide waren sich darüber einig, daß Reformen im Inneren und Öffnung der Tür nach außen unvermeidbar seien. Das wechselseitige Verhältnis zwischen beiden kommunistischen Parteien beruhe auf den "Vier Prinzipien der Unabhängigkeit" (u.a. vollkommene Gleichheit, gegenseitiger Respekt und Nichteinmischung) sowie den "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (XNA, 28.2.91).

Wenig schmeichelhaft waren andererseits Kommentare, die von früheren Mitarbeitern Gorbatschows an anderer Stelle abgegeben wurden, so z.B. von seinem früheren Berater Datschitschew, der von Berlin aus, wo er sich z.Zt. als Gastprofessor aufhält, in einem Gespräch mit der *Berliner Morgenpost* warnend darauf hinweist, daß Gorbatschow sich durchaus in einen "sowjetischen Deng Xiaoping" verwandeln könne. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es in der UdSSR früher oder später eine chinesische Variante gebe, sagte Datschitschew unter Bezug auf die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Juni 1989. Gorbatschow habe es an der zielstrebigsten und konsequentesten Durchsetzung der Ziele der Perestroika fehlen lassen. Insbesondere habe er bei der Überführung der Staatsplan- in eine Marktwirtschaft nicht energisch genug gehandelt. Vor allem fehle es Gorbatschow am politischen Willen, das Machtmonopol der KP zu brechen. Gorbatschow schrecke nicht einmal davor zurück, ein Bündnis mit den Konservativen und mit dem Militär einzugehen. Dadurch habe er das Vertrauen der Basis verloren (SZ, 11.2.91).

Die Parallelen solcher Ausführungen zu China liegen auf der Hand. Vielleicht deshalb aber sind Gorbatschow und die KPdSU den chinesischen Kommunisten in letzter Zeit wieder etwas sympathischer geworden! -we-

* (4)

Der chinesische Außenminister Qian Qichen tritt eine 17tägige Europareise an

Am 21. Februar verließ Qian Qichen Beijing, um sieben europäische Länder zu besuchen, nämlich Portugal, Spanien, Polen, Bulgarien, Ungarn, Griechenland und Malta. Zentraleuropa bleibt von dieser Reise bezeichnenderweise ausgeschlossen - es fehlt dazu nicht nur an Einladungen, sondern auch an den bis zum Tiananmen-Massaker so ungetrübten atmosphärischen Bedingungen. Seine Absicht sei es, erklärte Qian, sich Informationen aus erster Hand zu beschaffen und vor allem Möglichkeiten herauszufinden, wie die Beziehungen Chinas zu den Ländern Europas verbessert werden könnten (RMRB, 22.2.91).

Einzelheiten der Reise, die bei Redaktionsschluß noch nicht beendet war, sind im nächsten Heft von *CHINA aktuell* zu referieren. -we-

* (5)

Das chinesisch-indische Verhältnis: Zum Besuch des indischen Außenministers in Beijing

Am 2. Februar 1991 traf der indische Außenminister Vidya Charan Shukla zu einem sechstägigen Besuch in Beijing ein - es war die erste Visite eines indischen Außenministers seit über zehn Jahren. Vorausgegangen war allerdings eine noch wichtigere Visite, nämlich die des damaligen indischen Premierministers Gandhi vom 17. bis 19. Dezember 1988, die sowohl in Delhi als auch in Beijing als "Wendepunkt" der bilateralen Beziehungen gilt.

Rajiv Gandhi hatte mit seinem damaligen Besuch eine Entwicklung gekrönt, die im Dezember 1981 mit Verhandlungen auf Vizeaußenministerebene begonnen hatte (ausführlich dazu C.a., November 1983, Ü 3, Mai 1988, Ü 5), und die ihren Niederschlag auch in einem Handelsvertrag, in einem Kulturabkommen und in weiteren Vereinba-

rungen gefunden hatte (dazu C.a., Juni 1988, Ü 2). Gandhis Visite war der erste Besuch eines indischen Ministerpräsidenten seit 34 Jahren (ausführlich dazu C.a., Januar 1989, Ü 7).

Beim Besuch des Außenministers im Februar 1991 bemühten sich beide Seiten, die Konflikte möglichst zu "vergessen" und nach außen hin ein Bild der Harmonie und des gegenseitigen Einverständnisses zu bieten. Beide Seiten wollten, so hieß es, die beiderseitigen Beziehungen nach jenen Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestalten, die zwischen Indien und China zu Beginn der 50er Jahre ausgearbeitet worden seien. Man nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, daß diese fünf Grundsätze dreieinhalb Jahrzehnte nach ihrer Entstehung weltweit hätten Fuß fassen können. Zweitens nahm Li Peng die Einladung zu einem Staatsbesuch in Indien an - es wäre dies die erste Visite eines chinesischen Regierungschefs in Indien seit über drei Jahrzehnten. Drittens bekräftigte der indische Außenminister, daß Delhi die "tibetische Exilregierung" nicht anerkenne und sich weiter an die Vereinbarung mit China halten wolle, derzufolge politische Aktivitäten des Dalai Lama in Indien verboten seien. Viertens stimmten sie darin überein, daß beide Seiten in Zusammenarbeit mit den blockfreien Ländern auf eine rasche und friedliche Lösung des Golfkonflikts hinarbeiten wollten. Fünftens wurde die Wiederaufnahme des direkten Grenzhandels vereinbart, und sechstens sollten die beiderseitigen Generalkonsulate in Shanghai und in Bombay wiedereröffnet werden. Darüber hinaus seien die Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet weiter zu verstärken, und überdies solle noch vor Juni 1991 das dritte Treffen über die Behandlung der beiderseitigen Grenzfragen stattfinden (XNA, 26.1. und 2.2.91).

Schon wenige Tage nach der Visite Shuklas kamen die Handelsminister beider Staaten zu ihrem "zweiten Treffen der indisch-chinesischen gemeinsamen Gruppe über Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie" in Beijing zusammen (6.2.) (XNA, 6.2.91). Dabei vereinbarten sie u.a., daß Garbyang, ein Grenzort zwischen dem indischen Bundesstaat Uttar Pradesh und der tibetischen Grenze in Kürze als erste offizielle Übergangs-

stelle zwischen beiden Ländern geöffnet werden solle. Der Transitpunkt war 1962 - im Zeichen des damaligen Grenzkriegs zwischen China und Indien - geschlossen worden (Press Trust of India nach SWB, 7.2.91). Mit der Öffnung der Grenze sei ein entscheidender Schritt zur Normalisierung der seit dem Krieg von 1962 belasteten bilateralen Beziehungen getan worden.

Das indisch-chinesische Verhältnis war und ist durch zahlreiche Konflikte belastet. Lange Zeit war die indische Anlehnung an die Sowjetunion, die durch einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag von 1971 begründet worden war, aus chinesischer Sicht besonders schwer zu ertragen. Belastend waren - und sind - nach wie vor die Grenzfrage, des weiteren die langjährige Unterstützung von Guerillabewegungen in Nordostindien durch China, der Bau der Karakorum-Hochstraße durch die Chinesen, die pakistansichinesischen Sonderbeziehungen, die enge (angeblich antiindische) Zusammenarbeit Chinas mit einigen Nachbarstaaten Indiens, die "Annexion Sikkims" durch Indien und die diplomatische Anerkennung der kambodschanischen Heng Samrin-Regierung durch Delhi im Juli 1980.

19 Jahre nach dem Grenzkrieg von 1962, nämlich 1981, hatten zwar wieder beiderseitige Gespräche begonnen, in deren Verlauf auch einige der schlimmsten Irritationen beseitigt werden konnten, doch wurden die Probleme nur entschärft, nicht jedoch beseitigt. Beide Seiten sind inzwischen aber offensichtlich fest entschlossen, aus den gemeinsamen Problemen kein Aufhebens mehr zu machen. Vor allem wurde beim Besuch des indischen Außenministers die Grenzfrage nicht erwähnt, die das nach wie vor heikelste bilaterale Problem ist. Die Inder stehen immer noch vor der Entscheidung, ob sie nicht die von China vorgeschlagene "Paketlösung" akzeptieren wollen, wonach China den von ihm beanspruchten "Westsektor" mit der Aksai-Chin-Straße, Indien aber den "Ostsektor" bekommen sollte. Auf diese Weise würden beiderseits rund 30.000 qkm ausgetauscht. Indien allerdings weigert sich bis heute, auf diesen Vorschlag einzugehen. Vor allem ist in der Lok Sabha, dem indischen Parlament, dafür keine Mehrheit zu bekommen.

Ein halbes Jahr nach dem Gandhibe-such in China war es zum ersten Mal zum Treffen der "Joint Working Group on the Sino-Indian Boundary Question" auf der Ebene von stellvertretenden Außenministern gekommen. Die Sitzung fand damals in Beijing statt (XNA, 5.7.89), dann im August 1990 in Delhi (XNA, 1.9.90) und soll nun vor Juni 1991 - wieder in Beijing tagen.

Der gute Wille, die bilateralen Beziehungen zu verbessern, ist auf beiden Seiten ganz sicherlich vorhanden. Doch ist der Wille das eine, das Bleigewicht der divergierenden nationalen Interessen aber das andere. In der Außenpolitik Indiens stehen drei Ziele im Vordergrund: Es will (1) Ordnungsmacht der Region Südasiens bleiben, (2) einen der VR China vergleichbaren internationalen Status anstreben, (3) als einer der führenden Dritt-Welt-Staaten international eine entsprechende Rolle spielen. Zu diesem Zweck hat es die viertgrößte Armee der Erde aufgebaut, sich Mittelstreckenraketen zugelegt und eine Atomwaffe gebaut, die allerdings nur "nuclear device" genannt wird. Hier ist ein Potential angelegt, das mit den Ambitionen Beijings kaum in Übereinstimmung zu bringen sein dürfte. -we-

* (6)

Australien hebt seine Sanktionen gegen China wieder auf

Am 26. Februar 1991 gab die australische Regierung offiziell bekannt, daß die meisten der noch verbleibenden wirtschaftlichen und politischen Sanktionen, die gegen China im Anschluß an das Tiananmen-Massaker von 1989 verhängt worden waren, wieder aufgehoben würden.

Es kann also nun zur Neuaufnahme von technischen und landwirtschaftlichen Kooperationsprojekten, von Entwicklungsfinanzierungen, von Besuchen politischer Parteien und auch wieder von Parlamentsmitgliedern kommen.

Bereits im Januar 1990 waren die Besuche auf Ministerebene wieder aufgenommen worden.

Die einzigen Einschränkungen, die bestehen bleiben, betreffen Besuche auf hoher Verteidigungsebene, ferner den

Verkauf von Rüstungsgütern und Besuche von Sicherheits- und Polizeibeamten.

Nachdem Japan und die EG bereits mit entsprechenden Schritten vorangegangen waren, glaubte Australien, nicht länger zuwarten zu dürfen.

Die VR China äußerte sich zufrieden über diese Entscheidung (XNA, 28.2.91). -we-

* (7)

Die Menschenrechtsfrage - ein Dauerbrenner im sino-amerikanischen Verhältnis

Seit den Ereignissen vom Juni 1989 ist im Februar jeden Jahres zwischen Washington und Beijing die Hölle los. In diesem Monat pflegt nämlich das US State Department seinen jährlichen Menschenrechtsreport zu veröffentlichen, der an die 1.000 Seiten umfaßt, und in dem China seit dem Tiananmen-Massaker einen breiten Platz einzunehmen pflegt. Als der Bericht am 21. Februar 1990 herauskam, beschwerte sich *Renmin ribao* in einem Leitartikel vom 26.2.1990 über die "hegemonistischen" Versuche der USA, sich als "Weltrichter der Menschenrechte" aufzuführen und sich eines höchst ungewöhnlichen Vokabulars gegenüber der VR China zu bedienen. Welches Recht eigentlich hätten die USA, sich in einer solchen Weise aufzuspielen? Seien sie nicht gerade selbst in Panama eingefallen und hätten Hunderte von unschuldigen Zivilisten getötet und Zehntausende obdachlos gemacht!? Wer anders als die USA habe es sich herausgenommen, den Regierungschef eines anderen Landes gewaltsam zu entführen, zu verhören und ins Gefängnis zu werfen? - Anspielung auf Noriega. Der "Human Rights Report" sei ein offizielles Dokument, das im Namen der US-Regierung verfaßt wurde. Selten seien die chinesische Regierung und führende Persönlichkeiten Chinas in einem offiziellen Dokument "so konzentriert, allseitig und unverhüllt angegriffen worden, und selten hat sich jemand so frech in die inneren Angelegenheiten Chinas eingemischt"! Die Verfasser des Reports begründeten ihre Aussage mit Lügen und Gerüchten. Überall kämen Ausdrücke wie "möglich", "wie gesagt", "wie eingeschätzt", "aus bestinformierten Kreisen", "nach unbestätig-

ten Berichten" usw. vor. Über Verhaftungen und Tötungen im Juni 1989 in Beijing tauchten die unterschiedlichsten Zahlen auf - ein Zeichen, mit welcher Zuverlässigkeit hier recherchiert worden sei! Auch über die Tibet-Frage seien "Lügen verbreitet" worden.

Welche Absicht verfolge das US State Department eigentlich mit einem so verdrehten Bericht? Man könne hier nur hinterhältige Absichten vermuten: Unter der Flagge der "Menschenrechte" wollten die Verfasser das gegenwärtige internationale Klima ausnutzen und China in die Knie zwingen. Sie glaubten, mit ihrer Strategie der "friedlichen Evolution" China von seinem rechten Weg, vor allem von den "Vier Grundprinzipien", abbringen zu können. Aber sie haben "sich verrechnet". Die chinesischen Kommunisten "und das chinesische Volk (!) fürchten sich nicht vor dem Druck und schenken den Trugschlüssen keinen Glauben". Dies war 1990.

1991 wiederholte sich ein ähnlicher Vorgang. Diesmal erschien der Human Rights Report am 1. Februar und wurde vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz am 7. Februar erneut für "inakzeptabel" erklärt. Wiederum würden die Tatsachen verdreht. "Besonders lächerlich" seien Behauptungen, daß die chinesische Familienplanung, die Ausgabe von Regierungspfandbriefen, die öffentlichen Sammlungen für die Asiade und die Anlage von Wasserbauten als Verletzungen der Menschenrechte bezeichnet würden. Solche Behauptungen bewiesen die Unkenntnis der Verfasser über China (XNA, 8. und 22.2.91).

Auch vor der UNO verteidigte China seine Haltung gegenüber den "Gesetzesbrechern der Revolte vom Juni 1989". Wang Xueqian, Stellvertretender Leiter der chinesischen Delegation bei der 47. Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission, wies am 18. Februar 1991 darauf hin, daß es sich bei den Verurteilten um Personen handle, die sich an "Schlägereien, Plünderungen und Brandstiftungen beteiligt" hätten. Außerdem handle es sich um "Kriminelle, die zum Sturz des in der chinesischen Verfassung vorgesehenen sozialistischen Staatssystems aufgehetzt und dadurch die Staatssicherheit gefährdet" hätten. Das Strafmaß, das gerade bekanntgegeben wor-

den sei, entspreche voll und ganz den gesetzlichen Bestimmungen und den Tatbeständen des StGB von 1979. Außerdem sei es mit dem Recht völlig vereinbar, daß ausländische Journalisten nicht zu den Prozessen zugelassen worden seien. Gem. § 9 der Geschäftsordnung der Volksgerichte sei Ausländern der Zutritt zu einem Gerichtsverfahren mit außenpolitischer Relevanz nur aufgrund einer Sondergenehmigung von Seiten des Volksgerichts möglich. Die aber sei eben aus rechtlichen Gründen nicht erteilt worden! (Radio Beijing in MD Asien, 22.2.91, S.3).

Trotz solcher Verstimmungen in Fragen der Menschenrechte haben sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in der Zwischenzeit aber weitgehend wieder normalisiert, seit Außenminister Qian Qichen vom 30. November bis 1. Dezember 1990 den USA einen offiziellen Besuch abstattete, bei dem er mit Präsident Bush, Außenminister Baker und anderen hohen amerikanischen Beamten zusammentraf. In einem Interview mit der *Renmin ribao* vom 1.12.1990 wies er darauf hin, daß durch diese Visite, die erste "seit dem Sommer 1989", das Ziel erreicht worden sei, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen wieder einen Schritt voranzubringen. Zwar gingen die Amerikaner davon aus, daß "Kontakte" noch kein "Austausch" seien, er, Qian, glaube aber, daß jedes Gespräch, ob es nun als Kontakt oder als Austausch bezeichnet werde, das gegenseitige Verständnis fördere. Außerdem komme es schon bald zum Zusammentritt der Gemischten Chinesisch-Amerikanischen Kommission für Wirtschaft und Handel.

Ein gewisses Hindernis freilich sei immer noch die Menschenrechtsfrage. Die amerikanische Seite habe bei den Gesprächen hervorgehoben, die Menschenrechte seien der Eckpfeiler der US-Außenpolitik. Er, Qian, habe darauf hingewiesen, daß die Menschenrechtsfrage eine innerchinesische Angelegenheit sei, in die sich einzumischen kein anderer Staat das Recht habe.

Mitte Januar 1991 kam eine siebenköpfige chinesische Delegation unter der Leitung des früheren Stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten und Außenministers, Huang Hua, zu einem Besuch in die USA, aller-

dings nicht auf Einladung der Regierung, sondern der "America-China Society", an deren Spitze die früheren Außenminister Henry Kissinger und Cyrus Robert Vance stehen. Huang wurde von einigen Regierungsmitgliedern, u.a. vom Nationalen Sicherheitsberater, General Brent Scowcroft, empfangen (XNA, 25.1.91) sowie vom früheren amerikanischen Präsidenten Nixon (XNA, 20.1.91).

Das Interesse Beijings an einer Renormalisierung ist so stark, daß sich die Volksrepublik bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat zur Golfkrise niemals offen gegen die USA gestellt, sondern sich statt dessen stets der Stimme enthalten hatte.

Schon mittelfristig dürfte die amerikanische Regierung dieses Verhalten honorieren. -we-

Innenpolitik

* (8) ZK-Vorschläge für Fünfjahr- und Zehnjahrplan veröffentlicht

Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 29. Januar 1991 die "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des Zehnjahrplans und des 8. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung", die Ende Dezember 1990 von der 7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh verabschiedet worden waren. Wie bereits dem Kommuniqué der 7. Plenartagung zu entnehmen war, handelt es sich bei den "Vorschlägen" um den Versuch, die widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Entwicklungskonzepte (marktwirtschaftlich orientierte Reform auf der einen Seite und planwirtschaftlich orientierte Sanierung auf der anderen Seite) und die unterschiedlichen Interessen von Zentrale und Provinzen miteinander zu verbinden (siehe C.a., Dezember 1990, Ü 11 und 10). In Anlehnung an Mao Zedong könnte man von einem Dokument sprechen, das auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die "Einheit der Gegensätze" verkörpert. Aufgrund ihrer konzeptionellen Widersprüchlichkeit erscheinen die "Vorschläge" als politischer Handlungsrahmen hingegen schlichtweg untauglich.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die sehr reformorientierten Äußerungen von Deng Xiaoping von Anfang Oktober 1990 nicht in die Vorschläge aufgenommen wurden. Deng hatte damals u.a. gefordert, die Reform- und Öffnungspolitik "schneller, besser und effektiver" zu verwirklichen. Man habe in den vergangenen 10 Jahren die Wirtschaftsreformen "nicht schnell genug" verwirklicht, und die Protestbewegung von 1989 habe "den Fortgang der Reformen verzögert", beklagte Deng und forderte deshalb: "Wir dürfen in dieser Frage nicht weiter zuwarten." (Siehe C.a., November 1990, Ü 14). Daß diese Forderungen Dengs nicht Eingang fanden in die ZK-Vorschläge, ist ein weiteres Indiz für den gesunkenen wirtschaftspolitischen Einfluß des 86jährigen Initiators der Reform- und Öffnungspolitik. -sch-

* (9)

Deng Xiaoping über das Verhältnis jüngster internationaler Entwicklungen und der chinesischen Innenpolitik

Anfang Januar 1991 nahm Deng Xiaoping in einem Gespräch zu den Auswirkungen der jüngsten internationalen Entwicklungen auf China Stellung:

"Es gibt da zwei Herren, denen wir zu danken haben. Der eine ist Gorbatschow, und der andere ist Iraks Hussein.

Jener Kurs, den der Gorbatschow steuert, hat ganz Osteuropa und die Sowjetunion in Unruhen gestürzt und an den Rand des Bürgerkriegs gebracht. Dieses negative Beispiel hat bewiesen, daß wir im Sommer des vorletzten Jahres [d.h. Anfang Juni 1989] richtig gehandelt haben. Wenn wir nicht so gehandelt hätten, wie würde dann wohl das heutige China aussehen?

Iraks Hussein hat für uns die USA und den Westen in der Golfregion gebunden, so daß wir unsere Kräfte darauf konzentrieren konnten, unsere eigenen Dinge ganz sicher und gründlich zu erledigen. Wenn der Irak jedoch verlieren sollte, dann wird sich die politische Struktur im Nahen Osten verändern. Dann werden die USA und der Westen wieder versuchen, uns ihr Konzept aufzuzwingen. Sie werden den ganzen Tag lang Krach schlagen, und wir werden den ganzen Tag lang dage-